

Gibt Sandhausen den Kampf um die L 600 auf?

Am Montag entscheidet der Gemeinderat über das Konzept mit alternativen Ausgleichsmaßnahmen zum Rückbau

Von Sabine Hebbelmann

Sandhausen. Der seit Jahrzehnten schwelende Nachbarschaftsstreit zwischen Sandhausen und Heidelberg um ökologische Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der Bundesstraße 535 könnte jetzt am Montag, 27. Oktober, um 19 Uhr ein abruptes Ende finden. Denn dann soll der Gemeinderat in Sandhausen über den öffentlich-rechtlichen Vertrag abstimmen, von dessen Zustandekommen der Erhalt der Verbindungsstraße L 600 und die Aufwertung wertvoller Sandbiotop im Süden Sandhausens abhängen.

Der Hintergrund: Im Jahr 1989 wurde das erste Stück der Bundesstraße 535 vom „Boxberg-Knoten“ im Süden Heidelbergs bis zum Autobahnanschluss Schwetzingen gebaut. Vor allem im Heidelberger Stadtteil Kirchheim gab es Widerstände gegen die Trassenführung. Als ökologischer Ausgleich für den Eingriff in die Landschaft sollte die Landesstraße 600 zwischen der Umgehungsstraße L 598 und dem Sandhäuser Ortsteil Bruchhausen geopfert werden.

Diesen Beschluss hat das Regierungspräsidium Karlsruhe bis heute nicht umgesetzt. Weil sich der Verkehr innerhalb der vergangenen 25 Jahre seit der Planfeststellung rasant entwickelt hat, befürchtet Sandhausen inzwischen, dass der Rückbau der L 600 in Teilen der Gemeinde zu erheblichen Verkehrsbelastungen führen könnte.

Verschiedene Ersatzausgleichskonzepte wurden erarbeitet und wieder verworfen, es gab eine Petition aus der Gemeinde heraus gegen den Rückbau und eine Petition der Umweltverbände dafür. Schließlich machte der Naturschutzbund (Nabu) einen Vorschlag, wie die L 600 erhalten und zugleich die einzelnen Sandhäuser Sandbiotop vernetzt und aufgewertet werden könnten. Als eine von vier Maßnahmen sollten auf einem 36 Hektar großen bewaldeten Dünenabschnitt beim Brühlweg Sandrasenflächen freigelegt und ein Naturschutzgebiet geschaffen werden.

Zum Ausgleichskonzept gehört auch



Dieses „Dünen-Konzept“ gilt als ökologisch um ein Vielfaches wertvoller als der Rückbau einer Straße, die durch eine ausgeräumte Landschaft mit landwirtschaftlich intensiv genutzten Äckern führt. Und eigentlich hätten sich jetzt auch alle freuen können – allen voran die Umweltverbände, denn mit den geplanten Ersatz-Ausgleichsmaßnahmen könnte man gegenüber der Natur richtig punkten.

Doch weit gefehlt: Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) stellt sich quer. „Es geht um die politische Dimension“, stellt BUND-Geschäftsführer Tobias Staufenberg auf Anfrage klar. Für den Bau von Straßen müssten anderswo Flächen entsiegelt werden. Und es dürfe nicht sein, dass Kommunen ökologische Ausgleichsmaßnahmen verschleppen. Zwar gehört der BUND nicht zu den Partnern, deren Unterschrift unter den Vertrag nötig wären, doch könnte der Umweltverband klagen.

Und auch aus der umweltbewegten Nachbarstadt Heidelberg, deren Unterschrift für das Zustandekommen des Vertrages notwendig wäre, war wenig Begeisterung für das Naturschutzprojekt zu hören. In Ausschüssen wurde weiterhin der Rückbau der L 600 gefordert. Auf Anfrage sagte eine Sprecherin, man wolle das Ergebnis des landschaftspflegerischen Begleitplans abwarten und dann den Gremienlauf starten.

Der Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags hatte dagegen geschlossen für das Konzept gestimmt und zugleich den erforderlichen Aufwand und die Mehrkosten allein der Gemeinde Sandhausen aufgebürdet, die in einem Grundsatzbeschluss notgedrungen zustimmte und einen landschaftspflegerischen Begleitplan in Auftrag gab. Den endgültigen Beschluss wollte Sandhausen aber erst fällen, wenn die tatsächlichen Kosten für das Ausgleichskonzept ermittelt sind. Man werde keinen Blanko-Scheck ausstellen, murrte damals schon der eine oder andere Gemeinderat.

Mit einem „Nein“ aus Sandhausen